



Budget-Motion

betreffend **Personalausbau bei der Stadtpolizei Winterthur**

eingereicht von: Rolando Keller namens der SVP-Fraktion, EVP/EDU-Fraktion

am: 21. Juni 2010

Anzahl Mitunterzeichnende: 21

Geschäftsnummer: 2010/072

Antrag:

Mit dem Ziel, den wachsenden Ansprüchen der Bevölkerung nach Sicherheit gerecht zu werden, die Dienstleistungsqualität der Stadtpolizei noch zu verbessern und die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeitenden zu normalisieren, wird der Stadtrat aufgefordert, ab dem Voranschlag 2012 bis zum Voranschlag 2015 die Mittel für den personellen Ausbau der Stadtpolizei, insbesondere der uniformierten Polizei der Hauptabteilung Sicherheitspolizei um jeweils 600 Stellenprozent im Budget aufzustocken. Ebenso werden vom Stadtrat Vorschläge für parlamentarische Zielvorgaben erwartet, welche diese Zweckbestimmung der finanziellen Mittel sicherstellen.

Begründung

Winterthur hat eine relativ kleine Stadtpolizei

Die Stadt Winterthur hat im nationalen Vergleich eine sparsame Verwaltung. Das gilt auch für die Polizei: Auf ca. 530 Einwohner und Einwohnerinnen entfällt 1 Polizist/Polizistin. Im Vergleich: In der Stadt Zürich sind es pro Polizist/Polizistin ca. 170, in der Stadt St. Gallen 310 und in Lausanne ca. 280 Einwohnerinnen oder Einwohner.

Neue Aufträge

Mit der Einführung des Polizeiorganisationsgesetzes (POG) am 01. Januar 2006 wurde die Stadtpolizei Winterthur zusätzlich mit kriminalpolizeilichen Aufgaben betraut. Ebenso mit der Einführung des Gewaltschutzgesetzes (GSG) am 01.04.2007. Im Jahre 2011 wird die Schweizerische Strafprozessordnung (StPO) die Polizei erneut mit zusätzlichen Aufgaben belasten. Die Untersuchungsbehörde kann Arbeiten, sprich Untersuchungen und Befragungen, der Polizei delegieren. Befragungen müssen dann im Beisein des Anwaltes des Beschuldigten vorgenommen werden. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, werden jetzt schon bei Tatbestandsaufnahmen mehr protokollarische Befragungen durch die Polizei durchgeführt, was zur Folge hat, das massive personellen Ressourcen gebunden werden.

Verändertes Tätigkeitsgebiet

Die Ausgangszeiten der Bevölkerung, vorwiegend der Jugendlichen, hat sich in den letzten Jahren massiv verändert. So begibt man sich heute zu später Nachtzeit in den Ausgang. Unterhaltungslokale, Grünanlagen, öffentliche Parkbänke usw. werden zu Treffpunkten. Weiter kommt hinzu, dass es in Winterthur möglich ist, 24 Stunden im Ausgang zu verweilen. Dadurch haben wir heute massiv mehr Publikumsfrequenz in den frühen Morgenstunden, vorwiegend im Raum Bahnhof und Archplatz, als noch vor zehn Jahren. Eine weitere Folgeerscheinung ist der übermässige Alkoholkonsum, festzustellen bei Jugendlichen und jungen

Erwachsenen. Dieser Konsum korreliert mit einer steigenden Aggression und Respektlosigkeit. Auch erfährt die Polizei ein immer dreisteres Vorgehen der kriminellen Täterschaft, auch in Bezug auf Anwendung von Gewalt. Dies zeigt sich durch Überfälle (Raub) auf unbescholtene Passanten, ausgeführt durch Einzeltäter oder aber auch von Jugendbanden.

Steigender Stress für die Mitarbeitenden

Immer häufiger muss die Polizei mit Unterbestand zu Massenauseinandersetzungen (Schlägereien) ausrücken. Dieser Zustand, dass die Polizei personell in Unterzahl den Kontrahenten gegenüberstehen muss, löst prinzipiell eine erhöhte Stresssituation und zusätzlich Ängste aus. Durch den personellen Unterbestand werden die Polizistinnen und Polizisten regelmässig akut an Leib und Leben gefährdet. Neben diesem Stress sind die unregelmässige Arbeitszeit (Schichtbetrieb) und der steigende Arbeitsanfall Faktoren, die sich auf die Gesundheit der Polizistinnen und Polizisten niederschlagen. Insgesamt leistete die Stadtpolizei Winterthur im Jahre 2009 12740 Überzeitstunden. 29 % (3690) dieser Stunden wurden resp. mussten ausbezahlt werden, weil sie nicht kompensiert werden konnten. Das wirkt sich für den einzelnen Polizisten in weniger Frei- oder Ruhezeit aus.

Im Jahr 2009 registrierte die Stadtpolizei Winterthur ca. 19'000 Einsätze (durchschnittlich über 50 pro Tag). Insgesamt wurden mehr als 17'500 Rapporte und Berichte erstellt. Lediglich ca. 40 % der Arbeitszeit werden an der Front geleistet.

Sicherste Grosstadt der Schweiz

Die Auswertung der neuesten Kriminalstatistik des Bundes hat in der Lokalpresse auf der Titelseite zu dieser Schlagzeile geführt. Das ist in jeder Beziehung positiv zu werten. Aber es gilt einerseits zu bedenken, dass diese Aussage eine relative ist und andererseits sie nicht bedeutet, dass alle Probleme auf diesem Gebiet gelöst sind und keine weiteren Verbesserungen anstehen. Mehr Polizisten/Polizistinnen können Delikte ermitteln, was wiederum eine andere Statistik hervorrufen würde. Immerhin ist gemäss Kriminalstatistik (PKS) die Anzahl Fälle im Jahre 2009 gegenüber dem Vorjahr im gesamten Kriminalitätsbereich (StGB und BetmG) um 7.9 % gestiegen. Eine Vielzahl der Winterthurer-Bevölkerung wurde in jüngster Vergangenheit Opfer von Gewalt, Vandalismus oder aber auch durch Pöbelei. Die Gewaltbereitschaft macht auch nicht Halt gegenüber Polizistinnen und Polizisten. Zudem hat die Bevölkerungsbefragung 2009 ergeben, dass 38 % der Befragten sich im Raum Bahnhof unsicher fühlen.

WoV und Stellenschaffung

Die Vertreter der reinen WoV -lehre werden sich an diesem Vorstoss stören. Damit soll ja das Parlament nicht über eine Wirkung, den Output, sondern über einen Input die Verwaltungstätigkeit steuern. Das wäre an sich systemwidrig. Dazu ist zu bemerken, dass es bei diesen Zielsetzungen fast unmöglich ist, über Wirkungen, wie z.B. die Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit und die Qualität der Dienstleistungen und des Arbeitsplatzes ohne Festlegungen der Anzahl Arbeitsplätze zu steuern. Zum ändern gibt es keinerlei gesetzliche Hindernisse, welche dem Parlament das verbieten. Auch andere öffentliche Körperschaften, welche über Globalbudgets steuern, machen diese Erfahrungen (Beispiel: Kanton Luzern).

Vorstoss-Rückseite Nr. 2010/072

| eingesehen: | Mitunterzeichnende (X): | eingesehen: | Mitunterzeichnende (X): | | |
|-------------|---------------------------|-------------|-------------------------|---------------------------|---|
| ✓ | B. Baltensberger (SP) | ✓ | A. Bosshart (FDP) | | |
| ✓ | Ch. Baumann (SP) | -- | U. Brügger (FDP) | | |
| ✓ | Ch. Benz – Meier (SP) | ✓ | Ch. Denzler (FDP) | | |
| ✓ | Y. Beutler (SP) | ✓ | B. Günthard-Maier (FDP) | | |
| ✓ | A. Daurù (SP) | ✓ | F. Helg (FDP) | | |
| ✓ | B. Konyo Schwerzmann (SP) | -- | D. Schneider (FDP) | | |
| ✓ | F. Künzler (SP) | ✓ | M. Wenger (FDP) | | |
| ✓ | P. Kyburz (SP) | | | | |
| ✓ | F. Landolt (SP) | -- | K. Cometta-Müller (GLP) | | |
| ✓ | M. Meyer (SP) | ✓ | S. Gygax-Matter (GLP) | X | |
| ✓ | J. Romer (SP) | ✓ | B. Meier (GLP) | | |
| ✓ | O. Seitz (SP) | -- | A. Steiner (GLP) | | |
| ✓ | S. Stierli (SP) | ✓ | M. Zehnder (GLP) | X | |
| ✓ | Ch. Ulrich (SP) | ✓ | M. Zeuglin (GLP) | X | |
| -- | E. Wettstein (SP) | ✓ | M. Wäckerlin (PP) | | |
| ✓ | J. Würgler (SP) | | | | |
| | | ✓ | J. Altwegg (Grüne) | | |
| ✓ | W. Badertscher (SVP) | X | -- | R. Diener (Grüne) | |
| -- | P. Fuchs (SVP) | | -- | B. Dubochet (Grüne) | |
| ✓ | R. Isler (SVP) | X | -- | D. Schraft (Grüne) | |
| ✓ | H. Keller (SVP) | X | ✓ | M. Stauber (Grüne) | |
| ✓ | R. Keller (SVP) | | ✓ | D. Berger (AL) | |
| ✓ | Ch. Kern (SVP) | X | | | |
| ✓ | W. Langhard (SVP) | X | ✓ | L. Banholzer (EVP) | X |
| ✓ | J. Lisibach (SVP) | X | ✓ | N. Gugger (EVP) | |
| ✓ | St. Nyffeler (SVP) | X | ✓ | B. Günthard Fitze (EVP) | X |
| ✓ | D. Oswald (SVP) | X | ✓ | Ch. Ingold (EVP) | |
| ✓ | M. Peterhans (SVP) | X | ✓ | H. Iseli (EDU) | X |
| ✓ | St. Schär (SVP) | X | | | |
| ✓ | W. Steiner (SVP) | X | ✓ | M. Baumberger (CVP) | X |
| | | | ✓ | G. Bienz-Meier (CVP) | |
| ✓ | M. Stutz (SD) | X | ✓ | U. Bründler-Krismer (CVP) | |
| | | | ✓ | R. Harlacher (CVP) | X |
| | | | ✓ | W. Schurter (CVP) | X |